

Volksentscheid, Volksinitiativen, Volksbegehren

Wahlperiode	Datum	Volksentscheid	Status
1. Wahlperiode	12.06.1994	Durchführung des Volksentscheids über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993*	Zustimmung

* Mit dem Gesetz zum Volksentscheid über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993 wurde die Durchführung des Volksentscheides über die Landesverfassung zusammen mit den Kommunalwahlen und der Europawahl im Jahr 1994 beschlossen (GVOBl. M-V 4/1994, S. 207 -208).

Wahlperiode	Datum	Volksinitiative	Drs.-Nr.	Status
1. Wahlperiode	04.05.1994	Soziale Rechte in der Verfassung	1/4460	Ablehnung
2. Wahlperiode	02.02.1995	Chancengleichheit für alle in M-V lebenden Kinder auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung	2/81	Ablehnung
	05.05.1995	Sozialverträgliche Mietenüberleitung	2/376	erledigt erklärt
	18.10.1995	Ein ökologisches, soziales und demokratisches Gesetz für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Mecklenburg-Vorpommern	2/892	Ablehnung
	12.05.1997	Gegen die Schließung der Rostocker Zahnklinik und des Studienganges Zahnmedizin	2/2592	Ablehnung

Wahlperiode	Datum	Volksinitiative	Drs.-Nr.	Status
3. Wahlperiode	26.10.1998	Pro A 20 / Rügenanbindung	3/7	Annahme
	03.11.1998	Der Jugend eine Zukunft – Berufliche Erstausbildung und Beschäftigung für Jugendliche	3/11	Annahme
	01.02.1999	Für die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin und den Erhalt der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock	3/138	Annahme
	05.05.1999	Pro A 241	3/355	Annahme
	02.08.1999	Gegen eine Zwei-Klassen-Medizin im Osten	3/632	Annahme in geänderter Fassung
	01.09.1999	Wir stoppen die Rechtschreibreform	3/668	Ablehnung
4. Wahlperiode	09.09.2004	Änderung des neuen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege (KiföG)	4/1327	Ablehnung
5. Wahlperiode	22.03.2007	Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock - Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften	5/380	Ablehnung
	26.06.2007	Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern - Drittes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	5/640	Annahme in geänderter Fassung, verkündet im GVOBl. M-V 2007, S. 371
	28.04.2008	Für ein kostenfreies Mittagessen in Grundschulen	5/1451	Ablehnung
	03.06.2008	Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin	5/1526	Ablehnung

Wahlperiode	Datum	Volksinitiative	Drs.-Nr.	Status
6. Wahlperiode	22.03.2012	Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern	6/535	PIPr 6/19 vom 20.06.2012 Ablehnung des Antr. der Volksinit., Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer I der Beschlussempf. auf Drs 6/841
	14.08.2012	„Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde“	6/1020	Ablehnung
	14.08.2012	„Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern“	6/1021	PIPr 6/28 vom 24.10.2012 Annahme des Antr. der Volksinitiative, Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer II der Beschlussempf. auf Drs 6/1263
	09.09.2015	„Gegen unkontrollierten Ausbau von Windenergie“ - Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V)	6/4450	PIPr 6/108 vom 16.12.2015 Ablehnung des Gesetzentwurfes der Volksinitiative, Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer II der Beschlussempf. auf Drs 6/4895
	19.04.2016	„Zur Wiedereröffnung der Abteilungen Kinder- und Jugendmedizin sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe im Kreiskrankenhaus Wolgast“	6/5357	Ablehnung des Antrages der Volksinitiative, Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer II der BeschlEmpf auf Drs 6/5477 (PIPr 6/120 vom 09.06.2016)

Wahlperiode	Datum	Volksbegehren	Drs.-Nr.	Status
6. Wahlperiode	25.02.2015	Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform - Gesetz zur Aufhebung der mit dem Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz beschlossenen Änderungen	6/3750	Ablehnung (PIPr 6/94 vom 03.06.2015)

Wahlperiode	Datum	Volksentscheid	Drs.-Nr.	Status
6. Wahlperiode	06.09.2015	Volksentscheid gegen die Gerichtsstrukturreform		Gescheitert an der geringen Wahlbeteiligung: 23,7 % (33,3 % hätten wählen müssen), 83,2 % Zustimmung

Wahlperiode	Datum	Volksinitiative	Drs.-Nr.	Status
7. Wahlperiode	05.11.2018	„FAIRE STRASSE - Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“	7/2800	Zustimmung zum Anliegen der Volksinitiative (PIPr 7/55 vom 23.01.2019)